

28.04.23**Empfehlungen
der Ausschüsse**

AIS - FJ - Wi

zu **Punkt ...** der 1033. Sitzung des Bundesrates am 12. Mai 2023

**Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der
Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt
- Antrag der Freien Hansestadt Bremen -****A**

1. Der **Ausschuss Frauen und Jugend (FJ)** und
der **Wirtschaftsausschuss (Wi)**

empfehlen dem Bundesrat die Entschließung nach Maßgabe folgender nde-
rungen zu fassen:

Zu Nummer 4

Nummer 4 ist zu streichen.

Folgeänderung:

In der Begründung sind im vorletzten Absatz die Sätze 2 bis 5 und der letzte
Absatz zu streichen.

Begründung (nur gegenüber Plenum):

{nur FJ}

{Das Thema „Minijobs“ wird regelmäßig in Beschlüssen der Konferenz der
Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -
senatoren der Länder (GFMK) behandelt. Die GFMK hat sich auf eine Kon-
sensformulierung geeinigt, die in „Minijob-Beschlüssen“ regelmäßig verwen-
det wird: „Sogenannte Minijobs sollten dort, wo sie reguläre sozialversiche-

rungspflichtige Beschäftigung verhindern, beseitigt oder in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt werden“. Im Entschließungsantrag Bremens fehlt die wichtige Teilformulierung „dort, wo sie reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verhindern“.

Die GFMK hat sich bisher nicht für eine vollständige Abschaffung von Minijobs ausgesprochen.

Um bestimmten Verhaltensanreizen und damit der sogenannten „Minijob-Falle“ entgegenzutreten, erfolgte außerdem erst kürzlich die Umstellung des Stufenmodells auf einen gleitenden Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge im Midijob-Bereich (monatliche Bruttolöhne von 520,01 Euro bis 2 000 Euro). Aus fachlicher Sicht sollte nicht wieder auf ein Stufenmodell umgestellt werden, wie es im Entschließungsantrag vorgesehen ist. }

[nur Wi]

[Im Oktober 2022 wurde ein gleitender Übergangsbereich im Midijob-Bereich (520,01 Euro bis 2 000 Euro) festgelegt. Darüber hinaus wurde der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde und die Entgeltgrenze für Minijobs erhöht. Der hier vorgeschlagene Weg zur Abschaffung der Minijobs wird deshalb nicht unterstützt.]

B

2. Der **federführende Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik** empfiehlt dem Bundesrat, die Entschließung zu fassen.